

# Die Vorbereitungsgruppe für einen LINKE-Ratschlag

lädt zu einem Arbeitstreffen am 26.10.2011 von 11h bis 17h in der

**Arbeiterkammer-Wien,  
Bildungszentrum Wien 4.,  
Theresianumgasse 16-18 ein.**

Thema:

## **Der Kampf um die Steuergerechtigkeit und die Vernetzung der linken Kräfte in Österreich**

Eingeladen ist Jede/Jeder und jede progressive Gruppierung, der/die ein Gegengewicht zur gegenwärtigen Regierungspolitik bilden will. Es soll ein Vorgehensmodus gefunden werden, der jeder Gruppierung ihre Eigenständigkeit im Vorgehen und in der politischen Zielsetzung lässt – aber für zentrale Themen und Protesten ein gemeinsames Vorgehen und damit größere Wirksamkeit ermöglicht.

### Tagesordnung:

10:30 - 11:00 Eintreffen der TeilnehmerInnen

11:00 Podiumsdiskussion über das Thema:

**WAS HEISST STEUERGERECHTIGKEIT IN ÖSTERREICH?**

mit

Trautl Brandstaller

Peter Fleissner

Helga Kromp-Kolb (angefragt)

Tarafa Baghayati und

Christian Felber (angefragt)

Moderation: Leo Gabriel

12:00 Allgemeine Diskussion

13:00 kurze Pause

13:30 Präsentation der Vorstellungen für eine gemeinsame Zusammenarbeit

14:30 Ratschlag über Struktur und Form der zukünftigen Zusammenarbeit:  
Plattform, Verein etc.

16:00 Beschlussfassungen und SCHLUSSFOLGERUNGEN

Leo Gabriel  
Forum Soziale Gerechtigkeit  
Wien

Johann Schögler  
LINKEStmk  
Steiermark

# Aufruf

Die seit 3 Jahren andauernde Krise, die schwerste Krise der kapitalistischen Wirtschaft seit 1945, ist noch lange nicht ausgestanden. Auch wenn Ökonomen und Wirtschaftsforscher beruhigen, „es gehe schon wieder aufwärts“, verschärfen sich die Folgen der Krise im sozialen und politischen Bereich. Denn der Finanz- und Bankensektor hat sich bisher jeder Regulierung widersetzt. Keinerlei Maßnahmen gegen die Exzesse des Casino-Kapitalismus und die Gier der Finanzspekulanten wurden beschlossen. Im Gegenteil: die Spekulation stürzt sich derzeit auf Rohstoffe und Lebensmittel; die Finanzspekulanten haben ein neues Ziel – es geht nicht nur um den Abbau des Sozialstaates, sondern dessen weitgehende Zerstörung und um die Pleite ganzer Staaten.

In Österreich ist dank der Krise die Zahl der Millionäre sprunghaft angestiegen – Österreich hat heute die fünftgrößte Dichte an Millionären weltweit (nach Saudi Arabien, der Schweiz, Hongkong und Kuwait), die Vorstandsgehälter sind so hoch wie vor der Krise, die Renditen der Banken ebenso.(1)

Die unteren und mittleren Einkommen fallen weiter, Verluste werden durch die Inflation noch verschärft. Die soziale Kluft zwischen Arm und Reich wird tiefer, die Polarisierung zwischen Gewinnern und Verlierern der Krise nimmt zu. Die steigende Wut der Bürger/Innen treibt der Strache-FPÖ immer mehr Stimmen zu, ohne dass diese auch nur das Geringste dazu tun muss. Derzeit sehen die Menschen keine überzeugende solidarische Alternative.

Protestbewegungen entstehen ansatzweise auf regionaler Ebene – in der Steiermark, in Oberösterreich, in Tirol. Es geht darum, diese Ansätze zu vereinigen und Alternativen zur neoliberalen Politik zu formulieren, d.h. Antworten auf die wirtschaftliche, soziale und politische Krise, insbesondere auch Antworten auf die Krisensituation in der EU. Sie muss auf europäischer Ebene international solidarische Alternativen zum neoliberalen Kurs der „Bankenrettung“ und des „Euro-Schutzschirmes“ entwickeln und die sozialen Errungenschaften europaweit gegen die Diktate des IWF... und der EU verteidigen.

Griechenland und Spanien zeigen, dass die Menschen den falschen Wirtschaftskurs der EU nicht länger akzeptieren. Die Entsolidarisierung der Gesellschaft, die seit 20 Jahren national und international betrieben wird, muss beendet werden.

“Wir wollen wirkliche Demokratie” lautet die Forderung der jungen SpanierInnen, d.h. Mitbestimmung beim Wirtschaftskurs, bei der Verteilung der Gelder im Budget, bei der Schaffung neuer Steuern auf Finanzspekulation und Vermögen.

Die offene linke Plattform will “wirkliche Demokratie” in Österreich, konkret heißt das:

- die Beseitigung der skandalösen Ungerechtigkeiten im Steuersystem,
- ein Ende der neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik (Privatisierungen, Sozialabbau, sinkende Lohnquote),
- ein stärkeres Engagement Österreichs in der Entwicklungs- und Friedenspolitik,
- eine solidarische Wirtschaft und Gesellschaft nach 20 Jahren Entsolidarisierung in Österreich, in Europa und weltweit,
- den Abschiebewahn von Flüchtlingen stoppen und für ein humanes Bleiberecht der Flüchtlinge eintreten

(1) In Österreich wurden 2010 rund 37.000 Millionäre gezählt, 297 Haushalte haben ein Vermögen von mehr als 100 Millionen Dollar. In Relation zur Bevölkerung kommen in Österreich auf 100.000 Haushalte acht Superreiche. Damit belegt Österreich weltweit Platz fünf. Insgesamt stieg das verwaltete Privatvermögen hierzulande um sieben Prozent auf 656 Milliarden Dollar. Damit reiht sich Österreich nach Saudi Arabien, der Schweiz, Hongkong und Kuwait auf Platz fünf ein und ist zugleich EU-Führer. Quelle: Der Standard, zitiert aus Global Wealth Report 2011 Siehe: [Artikel im Standard](#)

ZUSAMMENFASSUNG eines vom FORUM SOZIALE GERECHTIGKEIT erarbeiteten Papiers als Grundlage für die Podiumsdiskussion am 26.10. 2011:

## **Von der ökonomischen Ungleichheit zur sozialen Gleichwertigkeit der Menschen**

von: Leo Gabriel

Dass nicht der Mensch ein Sklave der Wirtschaft, sondern die Wirtschaft im Dienste der Menschen stehen soll, ist eine Forderung, der im Zeitalter der Krise eine ganz besondere Bedeutung zukommen sollte. Um jedoch diesen Zustand zu erreichen, in dem alle Menschen gleichwertig sind und ein menschenwürdiges Leben führen können, müssen einige Grundvoraussetzungen gegeben sein, zu denen die in dieser Broschüre angeführte STEUERGERECHTIGKEIT eine wichtige ökonomische Basis darstellt.

Wenn hier angeführt wird, dass „ein Prozent der österreichischen Bevölkerung ein Drittel des Vermögens besitzt, neu Prozent ein weiteres Drittel und sich 90 Prozent das letzte Drittel teilen müssen“ so zeigt das die ungeheure Schieflage an, in der sich das österreichische Steuersystem befindet.

Begünstigt durch die Steuerpolitik der letzten Jahrzehnte, die von den verschiedenen Regierungskoalitionen vorangetrieben wurde, ist es einerseits zu einer selbst im europäischen Rahmen beispiellosen Entlastung von großen Vermögen und Gewinnen gekommen und andererseits zu einer Belastung der BürgerInnen gekommen, die ihr Einkommen durch harte Arbeit verdienen.

Während die Einnahmen aus der Lohn- und Mehrwertsteuer laufend steigen sind die Erträge aus der Gewinn- und Vermögenssteuer proportional zum Volkseinkommen kleiner geworden. Dieser Trend, der überdies zu einer steigenden Arbeitslosigkeit geführt hat, verlangt dringend nach einer Schubumkehr des österreichischen Steuersystems, die bei der Wurzel und nicht bei den Symptomen der Stagnation ansetzt, die die österreichische Wirtschaft bereits seit geraumer Zeit befallen hat. Dazu wird es notwendig sein:

- I. Den Spitzensteuersatz, der in Österreich nicht einmal um 12 Prozent höher ist als der Eingangssteuersatz von 36,5 Prozent anzuheben ist daher ein Gebot der Stunde. Dieser sollte keinesfalls unter der 62 Prozentgrenze liegen, wie er lange Zeit in Österreich bestanden hat.
- II. Da in der Zwischenzeit die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer höher sind als jene der Lohnsteuer, würde die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Mieten, Betriebskosten, kommunale Gebühren, Energie, Medikamente und sonstige von der Krankenversicherung übernommene Gesundheitsleistungen die Haushalte der kleinen und mittleren Haushalte spürbar entlasten.
- III. Um der in Zeiten der Krise stark ansteigenden Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, sollte von den kapitalintensiven Betrieben eine Wertschöpfungsabgabe jenen Unternehmen zugute kommen, die einen proportional höheren Anteil an Arbeitskräften beschäftigen.
- IV. Aber auch die Körperschaftssteuer und die Einkommenssteuer für Kapitalgesellschaften, die im Augenblick eine flat-tax von 25 Prozent bildet (wobei es dabei allzu viele „steuerschonende“ Ausnahmen gibt), sollte nach der Größe der Gewinne gestaffelt werden.

- V. Längst überfällig ist auch das Stiftungswesen, deren steuerliche Abschreibung sich in Österreich im Unterschied zu anderen Ländern nicht nach der Art der Tätigkeit (z.B. Kulturelle, soziale und ökologische Projekte) richtet. Hier sollte eine rigorose Entflechtung stattfinden und nur jene Körperschaften gefördert werden, deren Anliegen im Dienste der Allgemeinheit liegen.
- VI. Ähnliches gilt für die Erbschaftssteuer (inklusive der Erfassung von Spareinlagen), wenn sie einen bestimmten Freibetrag (etwa 400.000 EUR) übersteigen, wobei die Erbschaften mit gestaffelten Sätzen von 4 bis 20 Prozent gestaffelt werden sollten.
- VII. Um bei der Grundsteuer ein gerechteres System zu finden, sollte die Bemessungsgrundlage stufenweise vom Einheitswert auf den tatsächlichen Verkehrswert angehoben werden, wobei ein gewisser Freibetrag für Einfamilienhäuser in Rechnung gestellt werden sollte.
- VIII. Und last, but not least geht es um jene Steuer, die bereits Eingang in einer breiteren Diskussionsprozess gefunden hat: die Vermögenssteuer. Hier sollten alle Vermögen von über 500.000 EUR mit einem Mindeststeuersatz belegt werden.

In diesen konkreten Forderungen spiegelt sich das Prinzip wieder, dass diejenigen, die mehr haben auch einen größeren Beitrag zum gesamten Steueraufkommen der Nation leisten müssen. Damit könnte und sollte eine grundsätzliche Revision des Budgets erfolgen, bei der Ausgaben für volkswirtschaftlich notwendige Prioritäten wie Bildung, Gesundheit, Sozialleistungen, Umweltschutz und Ökologie endlich jenen Stellenwert bekommen, der ihnen zukommen sollte.

In einem Satz: der Rotstift sollte beim Reichtum derer angesetzt werden, die über die Maßen gut ausgestattet sind und nicht bei jenen, die ohnedies keine Verantwortung für die Krise tragen. Denn erst dann wird es möglich sein, die Gleichwertigkeit der Menschen sukzessive herzustellen.